

RW 05.10.12

SPD kritisiert Strompreis-Politik

FDP: Fördersystem wird überarbeitet

BERLIN. Die SPD macht die Bundesregierung mitverantwortlich für die Strompreisentwicklung. „Vor allem das schlechte Management der Bundesregierung treibt die Preise nach oben“, sagte Fraktionsvize Hubertus Heil gestern. „Hinzu kommt das Problem, dass 16 Länder 16 eigene Energiekonzepte haben und es an Koordinierung durch den Bund mangelt. Alle paar Monate ein unverbindlicher Energiegipfel ist da zu wenig.“ Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) müsse behutsam reformiert werden, um Kosten für die Verbraucher zu dämpfen, forderte Heil. Der FDP-Abgeordnete Klaus Breil kündigte an, dass die Bundesregierung das Fördersystem für die erneuerbaren Energien überarbeiten

werde. Damit solle die „von der rot-grünen Bundesregierung eingeführte Fehlsteuerung“ beseitigt werden.

Kartellamtspräsident Andreas Mundt sagte mit Blick auf die steigende Umlagehöhe: „Dass das unverhältnismäßig ist, sehen Sie allein schon daran, dass das reine Produkt Strom, also Produktion und Vertrieb, an der Strombörse 5 bis 6 Cent kostet.“ Obendrauf komme dann unter anderem die Umlage, die inzwischen in etwa genauso hoch sei. Mundt schlug einen Umstieg auf ein Quotenmodell vor, bei dem die Energieversorger verpflichtet werden, einen bestimmten Ökostromanteil anzubieten. dpa

RN 08.10.12

Kartellamt: Ökoumlage reformieren

Debatte um bezahlbaren Strom

BERLIN. Die absehbar steigende Umlage für Öko-Strom befeuert die Diskussion darüber, wie Strom trotz Energiewende bezahlbar bleibt. Experten erwarten, dass die Umlage zur Förderung erneuerbarer Energien 2013 auf rund 5 Cent je Kilowattstunde erhöht wird.

Der genaue Wert soll am 15. Oktober bekannt gegeben werden. Einem „Spiegel“-Bericht zufolge zeichnet sich vor der letzten Verhandlungsrunde der Stromnetz-Betreiber sogar ein Anstieg von derzeit 3,6 auf 5,4 Cent ab.

Der Präsident des Bundeskartellamts, Andreas Mundt, forderte zur Begrenzung der Stromkosten eine rasche Reform der Förderbestimmungen. Die Ökostrom-Förderung in der bisherigen Form laufe „aus dem Ruder“.

EU-Energiekommissar Günther Oettinger sagte am Wochenende: „Eine weitere Erhöhung der Energiepreise in Deutschland halte ich nicht für vertretbar.“ Oettinger warnte mit Blick auf die Kosten der Energiewende, „die Akzeptanz ist bei den Verbrauchern, die über ihre Rechnung die Kosten mittragen, nicht unbegrenzt“. Steigt die Umlage auf 5 Cent, würde

das für einen dreiköpfigen Haushalt mit einem Verbrauch von 3500 Kilowattstunden einen Anstieg der Förderkosten von 125 Euro auf 175 Euro jährlich bedeuten – ohne Mehrwertsteuer. Stromintensive Unternehmen sind hingegen weitgehend von der Zusatzabgabe befreit.

Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU) will morgen mit Branchenvertretern beraten, wie seine Idee einer Ausweitung der kostenlosen Energieberatung umgesetzt werden kann. Durch die Hilfe beim Energiesparen sollen die Strompreiserhöhungen für die Bürger abgefedert werden. Altmaier verwies auf das wirtschaftliche Potenzial der Energiewende. „Wenn wir es schaffen, mit der Energiewende deutlich zu machen, dass wir unsere Wettbewerbsfähigkeit verteidigen und den Wohlstand steigern können, wird die Energiewende zu einem Exportschlager Deutschlands in allen Teilen der Welt.“ dpa

Mehr zum Thema

Bericht Kritik an Strompreis-Politik, Seite Nachrichten
im Internet Abstimmung: Muss eine Ökostrom-Reform her?